

PRESSEDIENST

Bezirksparteivorsitzende Neusiedl am See
Kilian Brandstätter, Maximilian Köllner, MA



PA / GVV / Friedl / Nationalrat / Finanzen / Städte und Gemeinden

Gemeinsamer Schulterschluss zur Verbesserung der finanziellen Situation der Städte und Gemeinden dringend nötig!

Bezirksvorsitzender des Gemeindevertreterverbandes Bgm. Werner Friedl fordert vom Bund ein kommunales Hilfspaket!

(Neusiedl, am 05. April 2020) - GVV-Bezirksvorsitzender des Bezirks Neusiedl am See warnt eindringlich vor einem finanziellen Kollaps der burgenländischen Gemeinden. Bürgermeister Werner Friedl ist enttäuscht, dass ein Hilfspaket für die Kommunen im Nationalrat und auch im Bundesrat von den beiden Regierungsparteien abgelehnt wurde. Als wichtige Systemerhalter und ländliche Investitionsmotoren sind die 171 burgenländischen Gemeinden für den Erhalt vieler Arbeitsplätze im Land und in den einzelnen Bezirken verantwortlich. Die auch erfolgte Änderung der Verfassungsbestimmungen hinsichtlich neuer Möglichkeiten zur Abhaltung von Sitzungen in Notsituationen auf Gemeindeebene wird hingegen begrüßt

Gemeinden sind regionale Investitionsmotoren

Die Städte und Gemeinden Österreichs tätigen 30 Prozent der öffentlichen Investitionen, bekommen allerdings durch den Finanzausgleich nur 17 Prozent der Gesamteinnahmen der Gebietskörperschaften. Die Gemeinden investieren, wie die Berechnungen des Zentrums für Verwaltungsforschung zeigen, überdurchschnittlich viel und tragen damit massiv zur Erhaltung der Arbeitsplätze im ländlichen Raum bei. Durch die Beschränkungen ist mit massiven Einbrüchen bei den Gemeindeertragsanteilen und den Kommunalsteuern – den wichtigsten Einnahmequellen für die Gemeinden – zu rechnen. „Da dürfen wir nicht tatenlos zusehen. Rückgänge bei Erlösen in den Gemeinden gefährden Arbeitsplätze in unserem Bezirk“, warnt GVV-Bezirkssprecher Bgm. Friedl.

Angebliche „Bürgermeisterpartei“ ÖVP im Nationalrat und Bundesrat gegen Hilfe an Städte und Gemeinden

GVV-Bezirksvorsitzender Friedl ist überrascht, dass die selbsternannte Bürgermeisterpartei ÖVP gemeinsam mit den Grünen gegen ein Hilfspaket sowohl im National- als auch im Bundesrat gestimmt haben. Dieses Vorgehen – mitgetragen auch von den burgenländischen Abgeordneten Schwarz, Zarits, Berlakovich und Hirczy – ist skandalös. „Ich bin gespannt, wie die ÖVP-MandatarInnen das ihren BürgermeisterInnen im Burgenland erklären“, fragt sich Friedl.

Systemerhaltung auf kleinster Ebene muss gewahrt bleiben

Für alle 171 burgenländische Gemeinden werden durch die Corona-Krise Ausgaben im Sozial- und Gesundheitsbereich massiv steigen. Umso mehr ist auch im Bereich der Kommunen ein nationaler Schulterschluss gefragt. Der GVV Burgenland fordert hier einmal mehr alle auf, parteiübergreifend im Sinne der Städte und Gemeinden zu agieren. Denn die Kommunen sind nicht nur ein Investitionsmotor, sondern auch Systemerhalter in den Bereichen Kinderbetreuung, Pflegedienstleistungen, Krankenanstalten oder bei Freizeit- und Sporteinrichtungen.

Die Bundesverfassungsänderung hinsichtlich Abhaltung von Videokonferenzen für Gemeinderat und Möglichkeit zum Umlaufbeschluss begrüßt der GVV-Vertreter. Umgesetzt werden kann dies aber erst, wenn auch die Landtage ihre Gemeindeordnungen anpassen. Dementsprechende Eingaben beim Land Burgenland wurden durch den GVV bereits getätigt. Die nächste Landtagsitzung im Burgenland wird noch im April stattfinden.

Friedrich Radlspäck

Bezirksgeschäftsführer Neusiedl am See

Obere Hauptstraße 55

7100 Neusiedl am See

Telefon: +43 2167 2445

Mobil: +43 664 885 40 224

E-Mail: friedrich.radlspaeck@spoe.at